

Der Wort-Schatz liegt im Amt – vergraben

Die Behördensprache wird von vielen Menschen nicht verstanden. Erst allmählich gelangen die Mitarbeiter in den Ämtern zu der Erkenntnis, dass verständliche Texte sogar helfen, Geld zu sparen.

Von Diana Unkart

Augengläser – der Begriff gehört zu Michaela Blahas Favoriten. Behörden verwenden ihn manchmal statt des Wortes „Brille“. Kürzlich hat sie in einem amtlichen Schreiben die Abkürzung „pp.“ entdeckt. Der Duden bietet gleich mehrere Erklärungen an. „Per procura“ könnte es heißen oder „pianissimo“. In diesem Fall war „perge, perge“ gemeint, das „fahre fort“ im Sinne von „und so weiter“ bedeutet. Vielleicht glaubte der Verfasser, eine solche Formulierung wirke gebildeter als ein schnödes „und so weiter“. Egal, Michaela Blaha freut sich über jede misslungene Formulierung vom Amt. „Das ist meine Form von Sudoku.“

Derweil sitzt Klaus Bohl in seinem Amtszimmer und hält eine alte Version einer amtlichen Bekanntmachung in der Hand. Die meisten Sätze sind farbig markiert, heißt, sie müssen verändert werden. „Wenn man verständlich schreibt, gibt es weniger Rückfragen und das spart letztendlich Geld“, sagt er.

Die Germanistin Blaha, Geschäftsführerin von „Idema“, dem „Internet-Dienst für moderne Amtssprache“ mit Sitz in Bochum, die unter anderem an der Ruhr-Universität Bochum und an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer lehrt, und der Bürgermeister der Kreisstadt Bad Salzungen kennen sich nicht, teilen aber ein gemeinsames Anliegen: Sie setzen sich

Verordnung vom 11. Dezember 2001[...].“ Oder unfreiwillig komisch, wenn „dargelegt“ wird, dass „in der 48. KW 2010 ein Jungbulle abgängig wurde“, der Agrarbetrieb seinen Abschluss beantragte, das Amt einen fünfseitigen Bescheid aufsetzte und das Tier glücklicherweise zwei Tage später im Nachbarkreis eingefangen wurde.

86 Prozent der Deutschen gaben 2009 in einer Umfrage der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ an, Behördenbriefe nicht zu verstehen. Mithilfe der Sprache degradieren Behörden die Menschen, für die sie arbeiten sollten, zu Untertanen – Wissen ist Macht und wer Gesetze oder Bescheide nicht versteht, ist ohnmächtig. Vom unhöflichen Stil in manchem Schreiben einmal ganz abgesehen.

Globales Phänomen

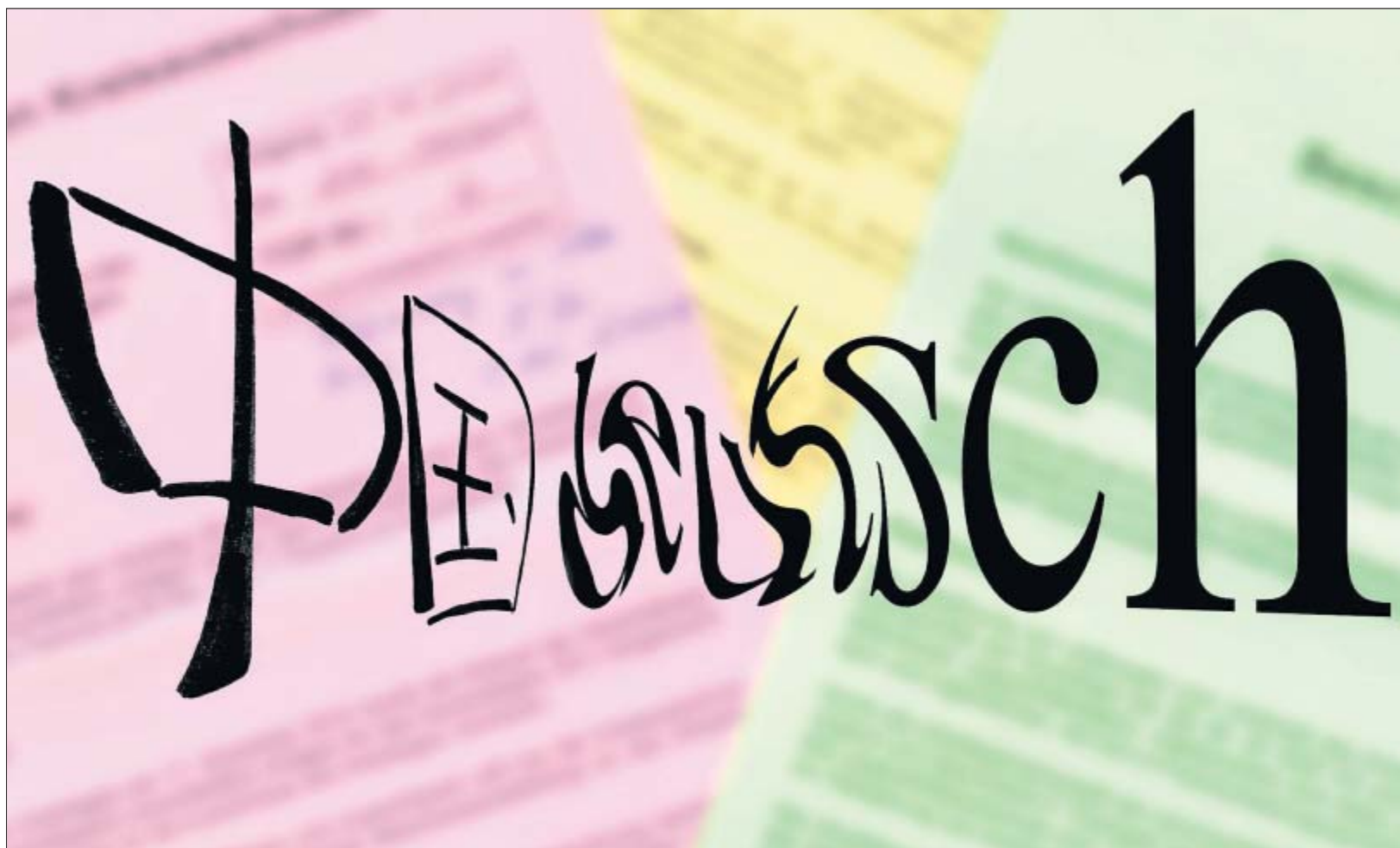
Michaela Blaha und ihre Mitarbeiter haben in den vergangenen Jahren Tausende Behördenschreiben gelesen und überarbeitet. Obwohl sie ständig Post vom Amt bekomme, die sie nicht verstehe, befindet sie: Ganz so schlecht wie ihr Ruf ist die Behördensprache nicht. Immer dann, wenn Experten mit Laien kommunizieren, komme es zu Verständnisschwierigkeiten. Patienten verstehen oft auch nicht, was der Arzt ihnen erkläre.

Die Unbeliebtheit der Behördensprache lässt sich mit ihrer Alltagsdurchdringung erklären. Es gibt vermutlich keinen erwachsenen Menschen in Deutschland, der nicht schon einmal vergeblich versucht hat, Amts- in Alltagsdeutsch zu übersetzen. Tröstlich, dass es sich um ein globales Phänomen handelt. Inder, Chinesen, Franzosen oder Italiener schimpfen mindestens genauso über die Post aus ihren Amtsstuben.

Verwaltungen haben hoheitliche Aufgaben, sie werden ihnen vom Staat übertragen – was sie von Wirtschaftsunternehmen unterscheidet, erklärt Michaela Blaha. Aber auch die gingen mit Texten häufig unprofessionell um. Man denke nur an Versicherungsschreiben.

Das Interesse am Thema sei heute groß. Verwaltungen wollen Dienstleister sein; es werden Bürgerbüros eingerichtet, Wasserspender aufgestellt, Öffnungszeiten verlängert und Internetauftritte überarbeitet. Nur die Sprache bleibt außen vor. Andere Länder seien viel weiter. In Schweden oder Finnland werden Behördenmitarbeiter seit Jahrzehnten geschult und beraten.

Mühlhausen im Unstrut-Hainich-Kreis ist 2005 als erste Stadt dem „Verein deutsche Sprache“ beigetreten und hat sich verpflichtet, die deutsche Sprache zu pflegen, was in erster Linie bedeutet, auf Anglizismen zu verzichten. Die Telefonsprechstunde des Oberbürgermeisters, früher „OB-Hotline“, heißt seitdem „OB direkt“. Ganz so rigide wie Verkehrsminister Peter Ramsauer, der kürzlich Schlagzeilen machte, weil er sämtliche englische Begriffe aus seinem Ministerium verbannen will und der Laptop dort nun Klapprechner heißt, geht man in Mühlhausen nicht vor. Auf der Internetseite finden sich noch immer Begriffe wie E-Mail oder Download. Englische Wörter, die in die deutsche



Ist es deutsch oder fachchinesisch? Bei manchen Schreiben der Behörden kann der Bürger verzweifeln.

Montage: Matz

Sprache eingegangen sind, oder solche, für die es keine deutschen Entsprechungen gibt, dürfen verwendet werden, erklärt Angelika Bergmann, Verantwortliche für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit. Nur mit dem Begriff „Flyer“ sei es so eine Sache. „Er hält sich hartnäckig.“

Dem Verein beizutreten und mehr Acht auf die Sprache zu geben, sei ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Heute gehe man in der Verwaltung bewusster mit der Sprache um. Dennoch müsse man unterscheiden zwischen der Sprachpflege durch das Weglassen von Anglizismen und der Verwendung der typisch beamtendeutschen Formulierungen. „Da haben wir noch viel zu tun.“ Die Stadt Gotha und der Landkreis Sömmerda sind übrigens dem Beispiel Mühlhausens gefolgt und dem Verein beigetreten.

In Bad Salzungen hat Klaus Bohl mit und für mehr Bürgerfreundlichkeit geworben. Bei der Ankündigung allein wollte er es nicht belassen, als er 2006 ins Amt kam. Ein Bürgerbüro wurde eingerichtet, das Thema moderne Verwaltungssprache bekam Priorität. Es gab Besprechungen, einen Volkshochschulkurs und jedes Amt im Rathaus erhielt ein Exemplar des Buches „Flotte Schreibe vom Amt“. Es ist ein langer, mühseliger Weg. Aber er lohnt sich, davon ist Klaus Bohl überzeugt. Die Zahl der Widersprüche habe deutlich abgenommen, es gebe weniger Rückfragen, auch der Umgang zwischen Bürger und Amt habe sich verbessert. Doch am Ende sieht sich der Bürgermeister noch lange nicht. „Es ist ein Prozess.“ Sein nächstes Vorhaben: Der Haushalt der Stadt soll so gestaltet werden, dass ihn die Bürger verstehen.

Nur Juristen prüfen

Rechtssicherheit ist das am häufigsten verwendete Argument gegen eine verständliche Behördensprache. Amtliche Schreiben müssen juristisch präzise sein. „Es ist eine Gratwanderung“, sagt Klaus Bohl. Dass die Gesetze, die den Behördenmitarbeitern als Grundlage dienen, oft unverständlich formuliert sind, macht es nicht leichter.

In Sachsen-Anhalt gibt es ein Projekt von Justizministerium und der Universität Halle-Wittenberg mit dem Ziel, das Nachbarschaftsrecht juristisch korrekt und dennoch verständlich zu formulieren. Die Ergebnisse wurden dem Rechtsausschuss vor wenigen Tagen vorgestellt. Nun soll eine Handreichung erarbeitet werden. Auf Landesebene scheint das Thema ohne Bedeutung zu sein. Ein Ministerium verweist auf das nächste, bis endlich das Justizministerium weiß, dass Gesetze einer rechtsförmlichen Prüfung unterzogen werden und dabei auch auf Verständlichkeit geachtet wird. Geprüft werden die Gesetze ausschließlich von Juristen.

Oft führten schon kleine Verände-

rungen zum Ziel, sagt der Bürgermeister. Die öffentliche Bekanntmachung über die „Standfestigkeitskontrollen an Grabmalen“ sei ein gutes Beispiel. Die alte Version enthielt lange Sätze, das Wesentliche stand am Ende. Bevor der Leser dort angelangt war, wurde auf mehrere Gesetze und Vorschriften verwiesen. Die

neue Fassung ist kürzer; der Inhalt schließt sich nach dem ersten Lesen, weil das Wichtigste vorn steht, die Sätze nicht zu lang sind und auf Gesetzesverweise verzichtet wurde.

„Man kann sehr, sehr viel tun“, sagt Michaela Blaha. Dass die Mitarbeiter der Behörden ein Bewusstsein entwickeln für Sprache, das ist ihr

Ziel. In den Seminaren empfänden es viele als Erfolgserlebnis, wenn sie tolle Texte schrieben. Ihr Fazit und das ihrer Schüler vom Amt: „Verständlich schreiben macht Freude.“

■ Hans-R. Fluck / Michaela Blaha: Im Verhinderungsfalle wird der Widerspruchsführer gebeten, dies mitzuteilen. Geheimnisse des Amtsdeutschen. Verlag Herder. 2010.



Kämpft für verständlichere Behördensprache: Michaela Blaha. Foto: dpa

für eine moderne, verständliche Verwaltungssprache ein.

Wohl kaum eine Sprache ist so unbeliebt und gleichzeitig gefürchtet wie die der Behörden mit ihren überlangen Sätzen, den Fachbegriffen, den Abkürzungen und Substantivierungen. Das liest sich dann so: „Bauprodukte dürfen nur verwendet werden, wenn bei ihrer Verwendung die baulichen Anlagen bei ordnungsgemäßer Instandhaltung während einer dem Zweck entsprechenden angemessenen Zeitdauer die Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erfüllen und gebrauchstauglich sind“ (§ 3, Absatz 2 Thüringer Bauordnung). Oder so: „Aufgrund der §§ 98 und 99 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. April 2009 (GVBl. S. 345), und der Thüringer Feuerwehrentschädigungsverordnung (ThürFwEntschVO) vom 21. 12. 1993 (GVBl. 1994 S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 15 der

Verwaltungssprache mit langer Geschichte

Die Geschichte der Verwaltungssprache beginnt im Mittelalter (etwa 1150 und 1350) in den Kanzleien weltlicher und geistlicher Herrschaften, wo Schreiber Grundstücksverzeichnisse erstellten, Herrschaftsansprüche niederschrieben und schriftlich fixierten, was die Untertanen durften und was nicht. Wer schreiben konnte, hatte es meistens an einer Lateinschule gelernt. Und so waren die Texte an das Latein mit seinem komplizierten Satzbau angelehnt. Der schriftliche Sprachstil

mischte sich mit den Dialekten. Etwa zwischen 1350 und 1650 bildete sich eine frühneuhochdeutsche Schriftsprache heraus, die regional noch uneinheitlich war. Untertanen durften sich den Herren auch schriftlich nur unterwürfig nähern. Dazu dienten weitschweifige Anrede- und Grußformen. Im 19. Jahrhundert entwickelten sich Verwaltung und Recht zur heutigen Form. Die Verwaltungssprache hat sich verändert, bestimmte Merkmale prägen sie aber heute noch.

ANZEIGE

LBS-Riester-Bausparen
Mehr Infos auf www.sparkassen-finanzgruppe-ht.de oder in Ihrer Sparkasse.

Sparkasse
LBS
SV Sparkassenversicherung
Helaba

ZUSAMMEN ins eigene Zuhause.

**Finanzgruppe
Hessen-Thüringen**

In der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen finden Sie in jeder Situation den richtigen Partner, um Ihre Ziele zu erreichen. Natürlich auch, wenn es um Ihre eigenen vier Wände geht. Mit LBS-Riester-Bausparen sichern Sie sich die attraktive Unterstützung des Staates sowohl in der Anspar- als auch in der Finanzierungsphase und investieren gleichzeitig in Ihre Altersvorsorge. Mehr über die LBS-Baufinanzierung und staatliche Förderung erfahren Sie bei Ihrem nächsten Besuch in Ihrer Sparkasse. **Zusammen mit Ihnen. Das ganze Leben.**